

Antrag

der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS/Linke Liste

Verlängerung des Abschiebestopps für Kurdinnen und Kurden

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Abschiebestopp für Kurdinnen und Kurden für alle Bundesländer verbindlich über den 31. Oktober 1992 hinaus zu verlängern.

Bonn, den 3. September 1992

Ulla Jelpke
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Derzeit führt die türkische Armee einen Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk. Mit äußerster Brutalität werden Menschen in Kurdistan von türkischen Militär- und Polizeikräften hingerichtet, vertrieben, werden Häuser geplündert und Ortschaften in Schutt und Asche gelegt. Die Armee setzt nach wie vor dabei deutsche Waffen ein.

Seit Wochen werden kurdische Gebiete in der Südosttürkei verschärft angegriffen. Sirnak wurde systematisch bombardiert und dem Erdboden gleichgemacht. Türkisches Militär griff sogar kurdische Siedlungen sowohl im Irak als auch im Iran an. Die kurdische Bevölkerung hat unzählige Opfer zu beklagen.

Die türkische Presse diskutiert offen darüber, daß angebliche Angriffe der PKK gegen türkische Einrichtungen, die als Anlaß für diesen neuerlichen türkischen Militärfeldzug gegen das kurdische Volk dienten, vom türkischen Geheimdienst inszeniert worden ist.

Die türkische Regierung läßt also keinen Zweifel daran aufkommen, daß sie nach wie vor mit allen diktatorischen Mitteln die Lösung des kurdischen „Problems“ betreibt.

Der beschlossene Abschiebestopp aufgrund der Massaker während des Newroz-Festes im Frühjahr dieses Jahres besteht bis zum 31. Oktober 1992. Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen türkischen Politik der Vernichtung ist eine Verlängerung unbedingt erforderlich.

